



Dieser Artikel wird unter der folgenden Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:
<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

Rainer Kuhlen

Zur öffentlichen Funktion von Informationsethik als Grundlage von politischen, rechtlichen und ökonomischen Regelungen der Wissensordnung

Zusammenfassung

Informationsethik wird hier in ihrer öffentlichen Funktion mit Blick auf Politik, Recht und Wirtschaft, weniger mit Blick auf die persönliche Lebensgestaltung in der Informationsgesellschaft behandelt. Informationsethik unternimmt es dabei, zur Ausbalancierung der Interessen beizutragen und einseitige Interessenpräferenzen, wie sie gegenwärtig bei der Ausgestaltung der Regelungen für den Umgang mit Wissen und Information zugunsten der Informationswirtschaft verfolgt werden, zu kritisieren. Kritisiert wird auch die zunehmende Funktionalisierung und damit Vereinnahmung der Informationsethik durch Politik und Wirtschaft. Der öffentliche Anspruch der Informationsethik kann durch das alte Verständnis von Ethos begründet werden als das Ensemble der Werte und Verhaltensformen, die sich in den Lebensräumen, heute in den elektronischen Räumen des Internet, herausbilden. Allerdings hat sich in der Moderne und Gegenwart durch die Prozesse der Säkularisierung und der Globalisierung das bislang eher eindeutig auszumachende Ethos in den *geschlossenen* Gesellschaftsräumen der Vergangenheit in ein jeweils auszuhandelndes *Weltethos* der *offenen* Räume verwandelt. In diesen Prozessen werden auch die als universal geltenden allgemeinen Menschenrechte einbezogen. Exemplarisch wird die Rolle der Informationsethik bzw. der ethischen Dimensionen im Diskursprozess von WSIS (UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft) aufgezeigt. Durch den erstmals bei einem UN-Gipfel im breiten Stil geltend gemachten *Multistakeholder*-Ansatz wird erkennbar (starke beratende Teilnahme vor allem zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber auch internationaler Organisationen und der Privatwirtschaft), dass das neue elektronischen Räumen angemessene normative Verhalten (und damit die Basis für Informationsethik) sich in erster Linie bei denjenigen entwickelt, die tatsächlich in diesen Räumen leben, arbeiten und miteinander sich austauschen. Entsprechend einem allgemeinen deliberativen Politikansatz werden Wirtschaft, Politik und Recht dauerhaft nur dann auf Akzeptanz der breiten Bevölkerung rechnen können, wenn sie den, das normative Verhalten in den elektronischen Räumen reflektierenden ethischen Diskurs in ihr Kalkül und ihre Steuerungsmaßnahmen mit einbeziehen.

1 Zur öffentlichen Funktion von Informationsethik

1.1 Ethik für Wissensordnung

Es geht in diesem Beitrag um die Rolle der Ethik in dem die Wissensordnung¹ bestimmenden Zusammenspiel von Politik, Recht und Wirtschaft und damit um die öffentliche, weniger die private Funktion von Ethik.

¹ Dieser gesamte Sammelband unternimmt es, den Begriff der Wissensordnung zu bestimmen. Wir verstehen hier unter *Wissensordnung* die Formen des Umgangs mit Wissen und Information. Hierdurch könnten Fragen, wie *Wem gehören Wissen und Information?*; *in welchen Informationsprodukten und über welche Organisations- und Geschäftsmodelle wird Wissen repräsentiert, bereitgestellt und genutzt?*; *welche Regulierungsformen für den Umgang mit Wissen und Information sind aus welchem Interesse erforderlich?* beantwortet werden. Wir haben hier also zunächst das politische und ökonomische Verständnis von Wissensordnung im Blick, nicht das methodische der Informationswissenschaft, bei dem Wissensordnung tatsächlich die Verfahren der Ordnung von Wissen meint, angefangen von den traditionellen Klassifikationssystemen, über die Thesauri, semantischen Netze bis zu den

Wenn auch die öffentliche Funktion von Ethik hier im Vordergrund der folgenden Überlegungen stehen soll, bezieht sich Ethik/Informationsethik unzweifelhaft auch weiterhin auf die persönliche Lebensgestaltung eines jeden Menschen, inwieweit dieser sein Verhalten konform mit konsensual anerkannten moralisch-ethischen Prinzipien, Maximen, Regeln und Werten ansehen kann – in unserem Zusammenhang also in erster Linie, inwieweit sich der persönliche Umgang mit Wissen und Information an einem solchen moralisch-ethischen Konsens orientiert. Dass das Problem einer, individuelle Handlungen unterstützenden bzw. absichernden Ethik darin besteht, das explizit und widerspruchsfrei zu formulieren, was denn der moralisch-ethische Konsens der gegenwärtigen Wissensgesellschaft sei, und sei es nur in dem begrenzten Kulturbereich eines Landes wie Deutschland, ist offensichtlich. Die verbindende Klammer beider *Ethiken* (der öffentlichen und privaten) werden wir darin sehen, dass sich Ethik um eine reflexive (also auf das tatsächliche moralische Handeln beziehende) Verallgemeinerung (nicht zwangsläufig *Vereinheitlichung*) der moralischen Verhaltensformen bemüht, die dann in der öffentlichen Debatte zur Konsensbildung, zum Ausbalancieren der Interessen, führen kann.

1.2 Steuerung der Wissensordnung durch Regelungen für geistiges Eigentum – ein Konfliktpotenzial

Was geht Ethik die öffentliche Ausprägung der Wissensordnung an? Nach einigen Jahren eher liberaler Informationspolitik, in denen der Staat die Ausgestaltung der Informationsmärkte weitgehend der Wirtschaft überlassen hatte, greifen heute die staatlichen Institutionen sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer und globaler Ebene stärker in die Wissensordnung ein – zu wichtig ist diese für alle Bereiche der Gesellschaft. Exemplarisch sei hier nur auf die seit etwa 10 Jahren festzustellende weltweite Intensivierung der Regelungen für das geistige Eigentum hingewiesen².

Ob nun Patentrecht oder Urheberrecht – um nur diese Regelungen für das geistige Eigentum zu nennen -, offensichtlich ist, dass in den letzten Jahren sich eine starke Allianz gebildet hat, welche die Politik (über das Recht) veranlasst hat, Patentrecht und Urheberrecht stark an den Interessen der kommerziellen Verwertung und Rechtsicherung auszurichten³. IPR-Regelungen haben sich eindeutig in Richtung

Wissensontologien und semantischen Modellierungssprachen der Gegenwart. Wir wollen herausarbeiten, dass im Zusammenspiel von technologischen Rahmenbedingungen, Organisationsformen, Geschäftsmodellen und den rechtlichen Regulierungen über Gesetze alleine nicht die Akzeptanz für Wissensordnungen erreicht werden kann, wenn nicht dem tatsächlichen normativen Verhalten, der derzeit in den elektronischen Räumen sich entwickelnden Kultur und Moral beim Umgang mit Wissen und Information Rechnung getragen wird. Die ethische Reflexion trägt zur Herausbildung und durch den Rekurs auf allgemeine Prinzipien zur Verfestigung von konsensualen Wissensordnungen bei.

² Andere Beispiele sind die ebenfalls der Wissensordnung zuzurechnenden und ebenfalls durchaus kontrovers diskutierten Regelungen der staatlichen Institutionen für den Umgang mit persönlichen Daten (*privacy* - Datenschutz), [Kuhlen 2004, Kap. 5], Regelung von E-Commerce und E-Business, Anpassung der Telekommunikationsordnungen, Organisationsstrukturen für *Internet Governance*, Fragen der nationalen und globalen Sicherheit in elektronischen Räumen, Förderung von elektronischen Formen in der Ausbildung, Realisierung von Barrierefreiheit, Beseitigung von Schranken (*digital divides*),

³ Vgl. die Begründungen in den grundlegenden Texten der WIPO [WIPO 1996a und b], des us-amerikanischen DMCA [DMCA 2000], der entsprechenden EU-Richtlinie [EU 2001] und, im Gefolge, des angepassten deutschen Urheberrechts, aber natürlich besonders bei WTO/TRIPS (vgl. [Wittgenstein 2000]). Inwieweit die WIPO wieder die führende Rolle bei der Ausgestaltung der IPR-Regelungen wahrnehmen können, wird auch davon abhängen, ob sie ihre Aufgabe in erster Linie weiterhin darin sieht, Schutzregelungen für geistiges Eigentum zu formulieren oder ob sie – entsprechend dem gegenwärtigen Vorschlag von Ländern wie Argentinien und Brasilien [WIPO 2004]; vgl. [Geneva Declaration 2004] – IP eher als Potenzial für Entwicklung sieht, also sich damit eher für einen offenen als für einen verknappenden/schützenden Umgang mit Wissen und Information einsetzt.

eines Handelsrecht entwickelt, das sich eher aus den Traditionen des angelsächsischen *Copyright* als aus den (alt)europäischen Traditionen des Autoren-/Urheber- und Persönlichkeitsrechts speist. Wird aber zumindest noch im Urhebervertragsrecht versucht, Kompromisse zwischen den Interessen der eigentlichen Urheber und den die Rechte der Urheber übernehmenden Verwerter zu finden und damit Kompromisse zwischen Handels- und Persönlichkeitsrecht, so berücksichtigen die allgemeinen Urheberrechts-/*Copyright*-Regelungen nur sehr unzureichend das Verhalten, die normativen Einstellungen, das kulturelle Bewusstsein derjenigen, die als Nutzer, Kunden oder Verbraucher im größten Umfang von diesen Regelungen betroffen sind.

Entsprechend gerät die starke Ausrichtung der Wissensordnung an den Bedürfnissen der Wirtschaft zunehmend in Widerspruch zu dem faktischen Verhalten und dem Interesse der breiten Bevölkerung bzw. ihren zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Das gilt nicht nur für die Bereiche von Wissenschaft und Bildung, sondern durchaus auch für den gesamten Bereich des Privaten. Wir brauchen nur an die anhaltend kontroverse Auseinandersetzung um die *File-Sharing*-Dienste im Musik- und Videobereich auf den elektronischen Publikumsmärkten zu erinnern. Das was *Napsterisierung* genannt wird [Kuhlen 2002] ist für die einen - die kommerziellen Anbieter von Musik- und Videoprodukten - kriminelle Handlung, Missachtung bestehenden Rechts und wird in der Regel auch als moralisch verwerflich (egoistisches Trittbrettfahrertum) und ethisch inakzeptabel (Missachtung des anerkannten Wertes des persönlichen Eigentums) gebrandmarkt. Hierzu wird durchaus auf Argumente aus überkommenen Ethiktheorien, welcher Ausprägung auch immer, zurückgegriffen (vgl. Abschnitt 1.3).

Für die anderen - die Nutzer dieser Dienste - meint *Napsterisierung* die in elektronischen Umgebungen angemessene Inanspruchnahme des Rechts auf informationelle Freizügigkeit und die Bereitschaft, mit anderen informationelle Güter zu teilen, zumal die Inanspruchnahme, anders als bei physischen Produkten, den Informationsgütern selber keinen Schaden zufüge. Legitimiert werde der freizügige Umgang mit immateriellen Gütern auch dadurch, dass das Durchbrechen bisheriger Privilegien und die Erweiterung informationeller Freizügigkeit durchaus im öffentlichen Interesse liege und zudem auch die Entwicklung neuer, elektronischer Umgebungen angemessenen und Endnutzer fair versorgenden Geschäfts- und Organisationsmodelle für den Umgang mit Wissen und Information begünstige.

Ethisches Verhalten legitimiert sich hier nicht durch Handeln im auch rechtlich vorgegebenen Rahmen (auch wenn das natürlich auch eine ethische Aufgabe sein kann), sondern eher durch das Durchbrechen bestehender Konventionen. Dies unter der Annahme, dass nur dadurch die den elektronischen Umgebungen angemessenen neuen Verhaltensformen sich zu allgemein anerkannten Prinzipien und Wertvorstellungen für den Umgang mit Wissen und Information entwickeln können. Hier kann der ethischen Reflexion durchaus eine Vorreiterrolle zukommen, damit sich das Recht bzw. die Modelle der Informationswirtschaft aus seiner/ihrer Fixierung auf überkommene, aber in neuen medialen Umgebungen obsolet gewordene Normen befreien kann/können.

1.3 Zur Funktionalisierung von Ethik

Dass die Steuerung von gesellschaftlichen Großbereichen wie der Wissensordnung über das Zusammenspiel von Politik, Recht und Wirtschaft (und Technologie) etwas mit Ethik zu tun haben soll (hier, da es um die Wissensgesellschaft⁴ geht, mit Informationsethik), ist Politik und Wirtschaft eher eine fremde Idee geworden – zumindest dann, wenn dadurch reklamiert wird, dass sich politische, rechtliche und wirtschaftliche Entscheidungen an informationsethische Grundlagen zurückbinden lassen sollten.

Das bedeutet allerdings nicht, dass in der Öffentlichkeit (sowohl von Wirtschaft und Politik) nicht häufig auf Ethik rekurriert würde. In der Regel wird Ethik dann bemüht, wenn Partikularinteressen ein höherer Allgemeinheitsgrad und damit eine höhere Akzeptanz verschafft werden soll. Wird Ethik in Situationen des politischen, aber auch des wirtschaftlichen Handelns bemüht, dann meistens nicht zur Rechtfertigung von Partikularinteressen (auch wenn diese faktisch verfolgt werden), sondern zur Begründung eines allgemeineren, eben als ethisch angesehenen Interesses.

Wenn Politik nicht mehr weiß, wie sie ihr Handeln bei divergierendem Interessen rational begründen soll, aber auch nicht einfach dezisionistisch handeln will, ohne es mit Aussicht auf mehrheitsfähige Zustimmung begründen zu können, ruft sie in den letzten Jahren rasch nach Ethik bzw. nach ethischen Diskursen, häufig institutionalisiert über Ethikräte, Ethik-Kommissionen, Runde Tische oder Bürgerforen. Diese sind kaum politisch offen, sondern dienen in der Regel der prospektiven oder eben auch retrospektiven Rationalisierung dessen, was ohnehin schon politisch vorgesehen oder sogar schon entschieden ist. Sabine Maasen spricht von einer »Diskursivierung wertsensitiver Fragen«, durch die man [die Politik] »die Legitimation für politische Entscheidungen« erhofft, »die trotz und auf Grund wissenschaftlicher Kontroversen und ethischer Brisanz getroffen werden müssen« [Maasen 2001].

Noch konsequenter ist die Funktionalisierung im Bereich der Wirtschaft zu sehen. Ethik wird (in unserem Zusammengang der Wissensgesellschaft) dann als nützlich angesehen, wenn sie die Bürger zu einem die Eigentumsrechte an Wissen und Information unbedingt bejahendem Verhalten erzieht oder allgemeiner: Prinzipien für einen »proper use of information technology« entwirft. Dass muss nicht direkt von der Wirtschaft angefordert werden. Diese Rolle übernehmen, vor allem in den USA, oft genug unabhängige Institutionen, die in ihren ethischen Maximen aber deutlich die Anforderungen der Wirtschaft internalisiert haben. Zwei Beispiele:

- Auf ethische Copyright-Erziehung zielt die FACE Initiative der Copyright Society⁵ ab, die sich mit speziellen Maßnahmen vor allem an Kinder wendet, um ihnen als Gegenmittel zum urheberrechtsverletzenden P2P-File-Sharing Rechtsbewusstsein für Copyright zu vermitteln⁶. Für unseren Zusammenhang ist vor allem die Interpretation dieser Initiative durch [Lange 2003] wichtig. Die Initiative erkenne zu Recht, dass das gegenwärtige,

⁴ Ich passe mich hier dem terminologischen und sicherlich auch systematisch gemeinten Vorschlag der Herausgeber dieses Sammelbandes an und verwende im Folgenden durchgängig die Bezeichnung *Wissensgesellschaft*, obgleich ich, als Informationswissenschaftler, die Bezeichnung *Informationsgesellschaft* oder, als Kompromiss, die Kombination *Informations- und Wissensgesellschaft* sowohl als deskriptive als auch als normative Kategorie für angebrachter halte. Faktisch geht es gegenwärtig mehr um die Verfügung über Information in Form von Informationsgütern auf den Informationsmärkten bzw. um den Zugriff auf diese Informationsressourcen als um die Verfügung über Wissen. Diese Diskussion soll aber hier nicht geführt werden. Ich verweise auf den Abschnitt 1.5 Konzepte von Informationsgesellschaft in [Kuhlen 2004, 79ff].

⁵ <http://www.csusa.org/face/>

⁶ <http://www.copyrightkids.org/>.

jedermann auch in seinem Alltag tangierende Copyright-Regime nur dann sich durchsetzen oder überleben könne, wenn es durchgängig vom allgemeinen Publikum geduldet würde : »Absent a wide and no less individual acquiescence, copyright simply may not survive its encounter with the populace at large.« Ich gehe einen Schritt weiter – geduldet werden kann es nur, wenn es mit dem normativen Verhalten der Mehrheit der Bevölkerung übereinstimmt. Offen hierbei natürlich, inwieweit dieses normative Verhalten durch Maßnahmen wie der FACE Initiative beeinflusst werden kann. Lange selber übt daran scharfe Kritik: »think it fundamentally wrong to insist that children internalize the proprietary and moral values of the copyright system.« Und: »Copyright probably does not make common sense in the private lives of individuals.«

- Den »proper use of information technology« fordert das sich unabhängig definierende Computer Ethics Institute⁷ mit seinen Ten Commandments of Computer Ethics⁸ – durchaus konform mit elementaren Interessen der Wirtschaft und, bis zur Rhetorik der Formulierungen (»Thou Shalt«), anknüpfend an christliche Moralvorstellungen.

Die Funktionalisierung ist besonders drastisch an der Transformation des sozialen und ethischen Vertrauensbegriffs in eine Marktkategorie des Vertrauensmanagement zu sehen: »Trust, originally a personal and intimate relation to other people and the basis for private and public ethics, has become part of an industry and is thus a commercial success factor in the information economy« [Kuhlen 1998]. Nicht zuletzt auch über die Verwendung von trust in der Bezeichnung von Internet-Firmen wie TRUSTe⁹, die jüngst auch im U.S. Department of Homeland Security Privacy Advisory Committee vertreten ist und von der Informationswirtschaft breit gesponsert und unterstützt wird, soll Vertrauen in Online-Transaktionen im E-Commerce gebildet werden. Noch folgenreicher benutzen die Initiatoren des *Trusted Computing*¹⁰ den Rekurs auf einen ethisch begründeten Vertrauenskonsens. Durch diese *Allianz für vertrauenswürdige Computerplattformen* soll Vertrauen in technische Maßnahmen geschaffen werden, wo doch gerade höchstes Misstrauen gegenüber den Missbrauch von *Sicherheitsfunktionen* angebracht wäre [Anderson 2004; Kuhlen 1999, Abschnitt 3.3].

2 Informationsethik – Reflexion auf das Ethos in elektronischen Räumen

2.1 Zum öffentlichen Anspruch von Ethik

Wir wollen uns hier nicht mit der funktionalen, system-inhärenten und somit bestehende Strukturen unterstützenden Rolle von Informationsethik bescheiden, sondern Möglichkeiten einer weitergehenden öffentlichen Aufgabe von Informationsethik diskutieren. Dafür steht ein breites Kontinuum zur Verfügung, das von Hans Küngs Forderung eines Primat des Ethos gegenüber Politik und Wirtschaft [Küng 1997/2000] bis hin zur Einbettung des ethischen Diskurs in die Entscheidungsprozesses einer zivilgesellschaftlich organisierten bürgerlichen demokratischen Gesellschaft reichen kann (vgl. Abschnitt 3).

Der quasi öffentliche Anspruch von Informationsethik beruht darauf, dass Ethik als die Reflexion auf das tatsächliche normative Verhalten und die normativen Erwartungen

⁷ http://www.brook.edu/its/cei/cei_hp.htm

⁸ Dort heißt es unter Regel 6: »Thou Shalt Not Copy Or Use Proprietary Software For Which You have Not Paid«. Und unter 8: »Thou Shalt Not Appropriate Other People's Intellectual Output. «

⁹ <http://www.truste.com/>

¹⁰ Vgl. Trusted Computing Group - <https://www.trustedcomputinggroup.org/home>

der in der Wissensgesellschaft Lebenden, Arbeitenden und Konsumierenden, verstanden wird [Kuhlen 2004]. Auf nichts anderes ist letztlich auch Politik (und Wirtschaft) gegründet. Zumindest in der demokratischen Tradition vertritt der Staat die Interessen eines jeden, also die Interessen aller. Dabei ist es offensichtlich, dass bei fast jedem öffentlichen Gegenstand, also auch bei Fragen des Umgangs mit Wissen und Information, gegenläufige Interessen ihre Ansprüche reklamieren- dies wird oft genug, wie oben angedeutet, mit ethischen Argumenten und Verweis auf anerkannte oder auch neu sich entwickelnde Wertvorstellungen untermauert. Diesen Anspruch, Partikularinteressen nicht dominant werden zu lassen (allerdings sie auch nicht zu negieren oder auch nur zu vernachlässigen), sondern sie mit dem allgemeinen öffentlichen Interessen verträglich zu machen, haben – sicherlich zunächst nur auf einem sehr abstrakten Niveau - Ethik und Politik gemeinsam.

Wie nicht zuletzt Joachim Ritter [Ritter 1969] herausgearbeitet hat, ist diese quasi öffentliche Funktion von Ethik ein sehr altes, auf aristotelische Traditionen sich berufendes Programm, durch das Ethik (hier Informationsethik) nicht als Randbereich der (privaten) Moralität verstanden wird, sondern als Ausgangspunkt für die politischen, rechtlichen und ökonomischen Steuerungen in der Wissensgesellschaft.

2.2 In Richtung eines globalen Ethos?

Ethik – und diese politisch öffentliche Begründung ist heute angesichts der auch in der Politik, z.B. in den USA, aber vor allen in vielen islamisch fundierten Gesellschaften erkennbaren (anti-säkularen) Vermischung von Wertesystemen und religiösen Traditionen als Gegengewicht wichtig – leitet sich in diesem aristotelischen Verständnis nicht aus religiösen oder ontologisch-metaphysischen und auch nicht aus naturrechtlichen Begründungen ab, sondern aus dem Ethos der Menschen in ihrer *Lebenswelt*. *Ethos* als Begründungsprinzip für Ethik bedeutete ein Doppeltes: a) der Raum, zunächst das Haus, die Hauswirtschaft, dann auch das weitere Umfeld, in dem wir leben, arbeiten und mit anderen uns austauschen; und b), daraus abgeleitet, die Sitten und Gewohnheiten, die sich aus dem Leben in den Räumen entwickelt haben, unter Rückgriff auf die Sitten und Gewohnheiten der *Alten*, aber auch in der Weiterentwicklung aus den Räumen der Gegenwart. Wir haben diesen Zusammenhang ausführlicher in [Kuhlen 2004] diskutiert. Wir wollen hier mit diesen Überlegungen direkt in die Gegenwart der Wissensordnung springen, die sich in den elektronischen Räumen des Internet realisiert. Das Internet ist der elektronische Raum, in dem sich das moralische Verhalten herausbildet, das Gegenstand der ethischen Reflexion ist.

Auch wenn das *Ethos* vermutlich nie eine stabile Menge von Werten und Verhaltensformen war, auch nicht das der griechischen Polis, aber doch im Anknüpfen an die Sitten der *Alten* und an die Vorgaben der verfestigten (in der Regel religiös begründeten) Wertesysteme kohärente Strukturen auszumachen waren, so haben sich zum einen im Säkularisierungsprozess der letzten 200 Jahre die festen Bezugspunkte der institutionalisierten Wertesysteme aufgelöst und zum anderen sind durch die Globalisierung der Wissensgesellschaft in den letzten 20 Jahren kulturelle Identitäten mit ihren Wertmustern fragil geworden.

Unter globalen Gesichtspunkten, mit Konsequenzen für den begrenzten lokalen Raum, ist keinesfalls eine allgemeine öffentliche Moral als das Ensemble der Wertvorstellungen und Verhaltensnormen auszumachen. Aus dem identifizierbaren

Ethos der *geschlossenen Räume* ist ein auszuhandelndes *Weltethos* - »a new global ethics« [Küng 1997/2000] - der *offenen Räume* geworden¹¹. In dem Globalisierungsprozess werden auch die lange als universal angesehenen allgemeinen Menschenrechte, formuliert in einer speziellen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und unter Rückgriff auf jüdisch-christliche Traditionen, dem Prozess zumindest der Überprüfung, wenn nicht der Bearbeitung und Weiterentwicklung unterworfen.

Schon 1995 forderte der UN/UNESCO-Bericht von Javier Pérez de Cuellar (*Our Creative Diversity*) ein: »Es ist deshalb geboten, nach einem Kern gemeinsamer Werte und Prinzipien zu suchen«. Allerdings wird das kaum noch über ein Parlament der Weltreligionen (Chicago 1993) zu erreichen sein, wie der Theologe Küng und die Verfechter eines religiös begründeten Weltethos es sich wünschte, sondern wohl nur noch über einen Diskurs in zivilgesellschaftlich begründeten und organisierten Demokratien. Dazu wollen wir uns etwas auf die Debatten um eine ethische Dimension der globalen Informationsgesellschaft einlassen, die anlässlich der ersten Phase des entsprechenden UN-Weltgipfel (WSIS I 2003 in Genf) geführt wurden.

3 Informationsethik im Umfeld von WSIS

WSIS ist eine UN-Konferenz, bei der also die Regierungsdelegationen das letzte Sagen bei den Beschlüssen haben, in erster Linie bezüglich der Deklaration(en) und der Aktionspläne. Was hat WSIS mit Ethik bzw. Informationsethik zu tun, wenn es um internationale Politik, und, vor allem in Telekommunikationsbereich, um wirtschaftliche Interessen, geht? In der Tat hat sich eine längere politische Diskussion entwickelt, in der Staaten wie China WSIS auf die technischen und organisatorischen Aspekte der Informationsgesellschaft beschränkt sehen wollten. WSIS sei keine Menschenrechtskonferenz. Es ist in erster Linie dem Insistieren der zivilgesellschaftlichen Gruppen zuzuschreiben, die, entsprechend eines konsequenten *Multistakeholder-Ansatzes* [Kleinwächter 2004], neben internationalen Organisationen und der Privatwirtschaft zumindest am Diskurs von WSIS teilnehmen konnten, so dass die Abschlussdeklaration von WSIS I (Dezember 2003) dann doch noch Bezug auf die ethische Dimension der Informationsgesellschaft genommen hat. Zu Beginn, im Visionsteil der Deklaration, heißt es im 3. Abschnitt:

»We reaffirm the universality, indivisibility, interdependence and interrelation of all human rights and fundamental freedoms, including the right to development, as enshrined in the Vienna Declaration. We also reaffirm that democracy, sustainable development, and respect for human rights and fundamental freedoms as well as good governance at all levels are interdependent and mutually reinforcing. We further resolve to strengthen respect for the rule of law in international as in national affairs.« Und im folgenden Abschnitt: »Everyone, everywhere should have the opportunity to participate and no one should be excluded from the benefits the Information Society offers.«

Weiter formuliert die Deklaration dann 11 zentrale Prinzipien, deren Aufgabe es u.a. sei: »[to] address the ethical dimensions of the Information Society«. Auch sonst legt die Textsorte der Deklaration nahe, dass ethiknahe Themen behandelt werden.«

Der Weg dahin war allerdings nicht leicht. Noch auf der zweiten Vorbereitungskonferenz für WSIS im Februar 2003 war im Deklarationsentwurf nur die Überschrift *Ethical dimensions*, kein weiterer Text vorhanden. In den Gruppierungen

¹¹ Vgl. die Materialsammlung zum Thema *Weltethos und Politik* in [Frühbauer o.J.] - http://www.weltethos.org/pdf_dat/am3.pdf

der Zivilgesellschaft monierte man dieses Defizit empört, war sich aber dennoch lange Zeit selber untereinander nicht einig, ob ethische Dimensionen überhaupt einen gesonderten Teil ausmachen sollten. »Wir sehen doch den gesamten Entwurf der Informationsgesellschaft unter ethischen Gesichtspunkten – wir machen nichts Anderes als Ethik«, so ein Diskussionseinwand aus dem Plenum der Zivilgesellschaft. Dann einigte man sich aber doch auf den folgenden Text, der natürlich so nicht in die offiziellen Regierungsdokumente, aber auch nicht in die alternative Formulierung der Zivilgesellschaft (s. unten) aufgenommen wurde. Wir führen diesen Vorschlag dennoch an, weil der für uns entscheidende Diskursgedanke als Beitrag der Informationsethik zur Lösung von Interessen- und Wertekonflikten formuliert wurde:

»**Ethical dimensions**

1 The value-base of the information society is the ensemble of globally agreed upon conventions, declarations, and chartas. These documents need permanently be re-interpreted and adjusted according to technological, media, and societal development.

2 If there is a major ethical principle and objective of the information society then it lies in guaranteeing equal and open access to information resources of any kind for all, at any time, from everywhere, and under fair conditions.

3 An inclusive and sustainable society can only develop when knowledge is clearly considered a common good and when the principle of access to and the free flow of information can come to reality.

4 Due to the heterogeneity of the interests of the different parties involved in the development of the information society and due to the diversity of the underlying cultures and values it is almost unavoidable that conflicts, even clashes will permanently occur. Information societies will have to live with it. These conflicts should not be solved on the basis of political power or economic dominance but solutions to these conflicts need to rely and should be based on an ethical-based discourse. Any ethical discourse must respect heterogenous interests and cultures and must build reliable partnership between governments, private sector, and civil society.«

Selbst noch das *Ergebnis* der dritten Vorbereitungskonferenz im September 2003, kurz vor dem Weltgipfel, zeigte, dass sich zumindest die Regierungsdelegationen kaum auf einen Konsens über die ethischen Dimensionen einigen konnten.

»**Ethical dimensions of the Information Society**

[A. The Information Society should [in accordance with the UN Declaration of Human Rights,] [respect peace and] uphold [the values of freedom of thought, conscience, and religion, as well as other] fundamental values such as [peace,] freedom, equality, solidarity, tolerance, respect for nature and shared responsibility. [Of particular interest for the Information Society are truth, trust, honesty, justice, human dignity, [transparency and accountability].] [Truth, trust, honesty, justice, human dignity, and respect for [the diversity of] moral, social, and religious values of all societies are equally important in the Information Society.]

B. [All actors in the Information Society should seek to promote the common good, protect privacy, and to prevent abusive uses of ICTs[, such as [criminal conduct based on] acts of racial discrimination, xenophobia, [pornography/obscenity] and paedophilia]. The freedom of use of ICTs should respect human rights and fundamental freedoms of others, including personal privacy, freedom of thought, conscience and religion. [These values are particularly relevant when commercial activities are conducted through networks].

OR B. [All actors in the Information Society should seek to prevent abusive uses of ICTs such as racism, discrimination, xenophobia, paedophilia and other harmful content.

C. [The freedom of use of ICTs should respect human rights and fundamental freedoms of others, including personal privacy, freedom of thought, conscience and religion.]

D. [The Information Society [should/shall] [take fully into account the requirements of ethics and morality and] [should/shall] accord the widest possible protection and assistance to the family, which is the natural and fundamental group unit of society.]] «

Dieser Text ist vielleicht interessanter als der endgültige Text (s. unten), auf den man sich dann auf dem Weltgipfel selber verständigt hat. Er zeigt zum einen, dass über nichts bis kurz vor dem Gipfel Einigkeit erzielt werden konnte. Jeder Absatz steht in eckigen Klammern. Das bedeutet in der UN-Geschäftsordnung, dass noch kein Konsens erzielt werden konnte. Mögliche Alternativen, bis hin zur Streichung, stehen entsprechend in eckigen Klammern. Jeder Interessenverband hat noch seine wichtigen *Werte* einbringen können, bis hin zum Schutz und zur Unterstützung der Familie. Letzteres zeigt die Unsicherheit in der Wertedebatte für die Informationsgesellschaft. Über das Thema des Schutzes und der Förderung von Familien kann man gewiss mit Fug und Recht diskutieren, ob das aber ein ethisches Thema für die Informationsgesellschaft speziell ist, ist schwer auszumachen.

Wir wollen auch keineswegs diese gewisse Beliebigkeit in der Zusammenstellung der ethischen Prinzipien kritisieren – ist das doch gerade fast unvermeidbarer Ausdruck dafür, dass in Zeiten des Übergangs, hier des Übergangs in die Informationsgesellschaft, heterogene Wertvorstellungen und heterogene Vorstellungen über normatives Verhalten aufeinander prallen und sich nicht vorschnell neue Konsense über sie erzielen lassen.

Skizzieren wir kurz, wie es mit den ethischen Dimensionen (in Richtung eines zumindest politisch möglichen Konsens) weiter gegangen ist. Nach einem weiteren Textvorschlag auf der zusätzlichen Vorbereitungskonferenz Mitte November 2003 konnten sich die Regierungsdelegationen im Dezember auf folgenden Text für die Deklaration von WSIS I einigen:

»10) Ethical dimensions of the Information Society

56. The Information Society should respect peace and uphold the fundamental values of freedom, equality, solidarity, tolerance, shared responsibility, and respect for nature.

57. We acknowledge the importance of ethics for the Information Society, which should foster justice, and the dignity and worth of the human person. The widest possible protection should be accorded to the family and to enable it to play its crucial role in society.

58. The use of ICTs and content creation should respect human rights and fundamental freedoms of others, including personal privacy, and the right to freedom of thought, conscience, and religion in conformity with relevant international instruments.

59. All actors in the Information Society should take appropriate actions and preventive measures, as determined by law, against abusive uses of ICTs, such as illegal and other acts motivated by racism, racial discrimination, xenophobia, and related intolerance, hatred, violence, all forms of child abuse, including paedophilia and child pornography, and trafficking in, and exploitation of, human beings.«

Im Vergleich dazu führen wir die entsprechende Formulierung der (alternativen) Deklaration der Zivilgesellschaft an:

»2.4.1 Ethical Dimensions

Information and communication societies are about how our societies create, share and utilise the information, cultural production and knowledge, which in turn shape the evolution of those societies. The value-base of the information society must be founded on the principles contained in the ensemble of internationally agreed-upon conventions, declarations, and charters.

More specifically, equal, fair and open access to knowledge and information resources, – whatever the technical means used to store and transmit them – must be established as fundamental principles of such societies. Technological, financial and regulatory considerations must conform to these principles.

Transparent and accountable governance, ethical business and accounting practices in communications sector firms and ethical media practice are of particular relevance in this context. Codes of ethics and standards should be adopted in these cases and mechanisms should be

established to monitor their application as well as appropriate sanctions for their violation. Formulation of ethics and standards in journalism and other media production should be the responsibility of media workers themselves.

Respect for diversity must be a central criterion in establishing the principles and mechanisms for resolving conflicts that arise in information societies. Such societies, if they are built on values such as cooperation, equity, honesty, integrity, respect and solidarity, can have a significant impact on the quality of interaction between cultures and the promotion of meaningful dialogue among civilisations, and thus contribute to bringing about world peace.«

Auffallend ist zunächst, dass in der Zivilgesellschaft, nicht nur in diesem Textteil, durchgehend von Informations- und Kommunikationsgesellschaften die Rede ist. Betont wird das *Teilen* von Wissen und Information, die Prinzipien von *open access* und von kultureller Vielfalt sowie die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsdimensionen von Wissen und Information. Ebenso wird an Regierungen, die Wirtschaft und die Medien appelliert, ethische Standards (*codes*) als für sich verbindlich anzuerkennen.

4 Die Rolle der Menschenrechte

Trotz der ethischen Texte bei WSIS I, die Frage bleibt in der öffentlichen Diskussion, auch des WSIS II-Prozesses: Wozu braucht man überhaupt eine ethische Dimension in einer offensichtlich von politischen und ökonomischen Interessen bestimmten Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der Informationsgesellschaft? Reichte nicht der allgemeine Verweis auf die in den internationalen *großen Texten* der Weltgemeinschaft, von der ursprünglichen *Universal Declaration of Human Rights*, über die *International Covenant on Civil and Political Rights* und der *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* bis hin zur erneuerten *UN Millennium Declaration*, verankerten Freiheiten und Rechte? In der Tat wurde, wie oben angeführt, die letztlich doch erfolgte Referenz auf die Menschenrechte von den meisten Gruppen der Zivilgesellschaft als Erfolg gefeiert. Eine Minderheit waren eher diejenigen, die zwar auch keineswegs die in den großen Texten formulierten Freiheiten und Rechte in Frage stellen wollten, aber doch deren historische Dimension (formuliert aus der Sicht der Länder des Westen nach dem 2. Weltkrieg) sahen und daher auf eine in der Gegenwart gegebene Gestaltungschance für neue Rechte in der Informationsgesellschaft nicht verzichten wollten.

Der grundlegende Paradigmenwechsel, der durch die fortschreitende Durchdringung aller Lebenswelten mit Informations- und Kommunikationstechnologien bedingt ist, macht nicht nur eine *Reinterpretation* der in einer speziellen historischen Situation entstandenen Werte, Freiheiten und Rechte erforderlich, sondern stellt das normative System des Umgangs mit Wissen und Information auf den Prüfstand. Eine Prüfung soll und kann keineswegs die Berechtigung des *Konzeptes* der Allgemeinen Menschenrechte in Frage stellen.

Bei grundlegenden Paradigmenwechseln, wie es heute mit dem durchgängigen Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Lebensbereichen der Fall ist, darf/muss erwogen werden, ob bestehende Menschenrechte nicht durch neue Rechte und Freiheiten erweitert werden müssen oder ob sich sogar nicht die Notwendigkeit abzeichnet, eine globale *Bill of Rights* neu zu formulieren und zu verabschieden¹². Die Erweiterung oder gar die Neuformulierung von

¹² Im kleineren Maßstab hat das auch die im Kontext der Heinrich-Böll-Stiftung entstandene *Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft* unternommen (http://www.worldsummit2005.de/download_de/Charta-Flyer-deutsch.pdf; vgl. [Kuhlen 2003]).

Menschenrechten ist zwar ein problematischer Vorgang, aber er ist sicher auch keiner, der mit Tabus belegt werden muss.

Im Vorfeld von WSIS I wurde diese Diskussion vor allem um die Kommunikationsrechte geführt – eine Debatte, die schon vor 25 Jahren in dem Streit um eine Neue Weltinformations- und –kommunikationsordnung (NWIKO) geführt wurde [Kuhlen 2004, Kap. 6]. Schon damals ging es um Kommunikationsrechte als Voraussetzung für eine inklusive und gerechte Teilhabe auch der Länder des Südens an den damals entstehenden globalen Informations- und Kommunikationsmärkten. Viele der damaligen Argumente (z.B. die Kritik eines Informationskolonialismus) tauchen heute, nicht zuletzt im Kontext von WSIS, aber auch der WTO/GATS-Verhandlungen, wieder auf. Und erneut besteht kaum Neigung der etablierten Staaten des Westens und Nordens hier an dem *Status quo* etwas zu verändern. Das informationsethische Argument zielt hingegen auf das Recht eines jeden ab, in einen freien Austausch von Wissen und Information eintreten und sich kollaborativ, teilend, unbeschränkt durch Autoritäten oder technische Restriktionen an der Produktion von neuem Wissen und neuer Information beteiligen zu können (natürlich auch das Recht, sich aus diesen Prozessen auszuklinken).

Auch in der zweiten Phase von WSIS setzt sich die Diskussion fort, inwieweit ethische/informationsethische Überlegungen ihren Niederschlag in den zu verabschiedenden Resolutionen und Maßnahmen finden sollen. Bislang sieht es so aus, dass die Regierungsdelegationen keine große Neigung verspüren, am Ende von WSIS II noch einmal eine Grundsatzerklärung zu formulieren, wie es mit der stark mit ethischen Forderungen durchdrungenen Deklaration von WSIS I der Fall. Bislang konzentrierte sich der Prozess in erster Linie auf die beiden Themen, die nicht auf WSIS I zu einem konsensualen Ergebnis geführt haben, nämlich a) auf die Frage, welche Aufgaben und welche Organisationsstruktur für *Internet Governance* definiert bzw. entwickelt werden sollen, und b), ob und wie den Forderungen der Länder des Südens nach einer Finanzierung in einem *Digital Solidarity Fund* entsprochen werden könnte.

Für Regierungen ist die Frage von *Internet Governance* in erster Linie eine technische und organisatorische Frage. Dem gegenüber betonten die zivilgesellschaftlichen Gruppen (unter Federführung des dafür zuständigen Arbeitsgruppe - *IG caucus*), in ihrem für PrepCom2/WSIS II erarbeiteten Positionspapier:

»The WGIG should ground its work within a human rights and development framework. The rights to freedom of expression and privacy are of special importance in this context as is the need for a greater emphasis on the principles of openness and transparency.

The caucus believes that two outcomes of the WGIG that will add significant value are:

1. An understanding of how governance mechanisms can further these basic rights and principles,
2. An elaboration of the concept of democratic internet governance which fosters the goals of creativity, innovation and cultural and linguistic diversity.«

Ähnlich versuchten die zivilgesellschaftliche Gruppen, hier insbesondere durch Initiativen von CRIS, eine informationsethische Dimension in die ansonsten eher (finanz)technische und (macht)politische Diskussion zu bringen

»A proposal put forward by the CRIS campaign, jointly with other organizations, stated that information and communications and networks should be considered a global public good; it emphasized the centrality of the role of public finance in the area of Information and Communications for Development; and underlined the role of community driven and owned initiatives, in contributing to sustainable development and social empowerment.«

WSIS ist auch in der zweiten Phase, die Ende 2005 in Tunis zu einem Ende kommen soll, weit davon entfernt, einen neuen Konsens über die grundlegenden Freiheiten und Rechte der Informationsgesellschaft zu finden. Wie sollte es auch anders sein? Auch die bürgerliche Gesellschaft hatte ihre Werte und ihr normatives Verhalten nicht rasch und vor allem nicht konfliktfrei entwickelt. WSIS durch den (sicher noch nicht befriedigend eingelösten) Anspruch, in einem *Multistakeholder*-Ansatz alle relevanten Gruppierungen an der Ausgestaltung der Informationsgesellschaft zu beteiligen (Regierungen, Internationale Organisationen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft), war/ist aber ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung eines globalen Diskurses, in dem alleine die normativen Grundlagen der Informationsgesellschaft ausgemacht und ausgehandelt werden können. Daher sind die im Deklarationsteil von WSIS (und in der Alternativdeklaration der zivilgesellschaftlichen Gruppen) formulierten ethischen Dimensionen mehr als nur hübsches Beiwerk, sondern deuten an, dass eine inklusive, gerechte und nachhaltige Weltordnung, die weitgehend von den Formen des Umgangs mit Wissen und Information abhängt, nicht allein aus dem Ringen um ökonomische und politische Dominanz entstehen kann. Entsprechend gilt auch als elementare Forderung aus der Zivilgesellschaft, dass die elektronischen Räume des Internet als Voraussetzung für die freie Entfaltung normativer Verhaltensformen offen bleiben müssen¹³.

Auch WSIS hat keine neue Informationsethik entstehen lassen, aber die vor allem in den zivilgesellschaftlichen Texten formulierten Wertvorstellungen konnten immer weniger auch von den offiziellen Delegationen ignoriert werden und haben vielleicht nicht als konkret umsetzbare Ziele, aber doch als regulative Prinzipien zur Ausgestaltung von Informations-, Wissens- und Kommunikationsgesellschaften einige Berücksichtigung in die offiziellen Texte gefunden.

Die durch WSIS eingeleiteten deliberativen Prozesse und die in den offiziellen und semi-offiziellen WSIS-Dokumenten festgeschriebenen Formulierungen zum normativen Verhalten und zu den die entstehenden Gesellschaften bestimmenden Werten werden sich nicht mehr vergessen lassen. Informationsethik kann auf dieser Grundlage die Reflexion über die Bedingungen der Möglichkeit eines *gerechten, inklusiven, selbstbestimmten, freizügigen und nachhaltigen Umgangs mit Wissen und Information* sein.

Referenzen

[Anderson 2004] Anderson, R.: Trusted Computing FAQ 1.1 - deutsch (TC/TCG/TCPA/Palladium/NGSCB/LaGrande) - <http://moon.hipjoint.de/tcpa-palladium-faq-de.html>

[Charta 2003] Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft. (Charter of Civil Rights for Sustainable Knowledge Societies). (<http://www.worldsummit2003.de/>)

[DMCA 2000] *Digital Millennium Copyright Act* — http://www.eff.org/IP/DMCA/hr2281_dmca_law_19981020_pl105-304.html

[EU 2001] Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft Amtsblatt Nr. L 167 vom 22/06/2001, 0010 – 0019

¹³ Vgl. das Madrider Zivilgesellschafts-Manifest vom 11. März 2005 *The Infrastructure of Democracy: Strengthening the Open Internet for a Safer World* – Text abrufbar unter <http://www.worldsummit2005.de/>; Wiki-Diskussion unter http://cyber.law.harvard.edu:8080/globalvoices/wiki/index.php/Main_Page.

- [Geneva Declaration 2004] Geneva Declaration on the Future of the World Intellectual Property Organization - <http://www.cptech.org/ip/wipo/genevadeclaration.html>
- [Kleinwächter 2004] W. Kleinwächter: Macht und Geld im Cyberspace. Wie der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) die Weichen für die Zukunft stellt. Heise Zeitschriften Verlag: Heidelberg 2004
- [Küng 1997/2000] H. Küng: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft. Piper Verlag München 1997 (Taschenbuch 2000)
- [Kuhlen 1998] Kuhlen, R.: Trust - a principle for ethics and economics in the global information society. Vortrag auf dem zweiten UNESCO-Kongress über Informationsethik, Monte Carlo, Monaco, 1.-3. Oktober 1998 (in den Kongress-Proceedings)
- [Kuhlen 1999] R. Kuhlen: Die Konsequenzen der Informationsassistenten. Was bedeutet informationelle Autonomie oder wie kann Vertrauen in elektronische Dienste in offenen Informationsmärkten gesichert werden? Suhrkamp Taschenbuch wissenschaft stw 1443. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1999 – als Volltext unter einer CC-Lizenz: <http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Publikationen1995-2000/informationsassistenten.pdf>
- [Kuhlen 2002] Kuhlen, R.: Napsterisierung und Venterisierung – Bausteine zu einer politischen Ökonomie des Wissens. PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Sonderheft zum Thema: Wissen und Eigentum im digitalen Zeitalter 32, 4, 2002, 57-88
- [Kuhlen 2003] The Charter of Civil Rights for a Sustainable Knowledge Society - A Vision with Practical Consequences. In: Heinrich Böll (ed.): *Visions in Process. World Summit on the Information Society Geneva 2003*. Berlin 2003, 7-8
- [Kuhlen 2004] R. Kuhlen: Informationsethik. Formen des Umgang mit Wissen und Information in elektronischen Räumen. UTB (UVK-Konstanz) 2004, insbesondere Kap. 8 Wem gehört Wissen? Wer kontrolliert Wissen? Wie kann Wissen organisiert werden?
- [Lange 2003] Lange, D.: Reimagining the public domain. *Law & Contemporary Problems*, 66, 2003, 463-483
[http://www.law.duke.edu/shell/cite.pl?66+Law+&+Contemp.+Probs.+463+\(WinterSpring+2003\)](http://www.law.duke.edu/shell/cite.pl?66+Law+&+Contemp.+Probs.+463+(WinterSpring+2003))
- [Maasen 2001] Maasen, S.: Die gesellschaftliche Disziplinierung bio- und gen-ethischer Fragen durch die politische Institutionalisierung von »Diskurs«. 2001. – <http://www.unibas.ch/wissen/main/projekte/ExpertiseOhne.pdf> 251103
- [Ritter 1972] J. Ritter: Artikel Ethik. In: Historisches Wörterbuch der Philosophie (HWP). Schwabe & Co.: Basel 1972, Bd. 2, Spalte 760.
- [WIPO 2004] Proposal by Argentina and Brazil for the establishment of a development agenda for WIPO at the Thirty-First (15th Extraordinary) Session Geneva, September 27 to October 5, 2004. WO/GA/31/11. August 27, 2004
- [Wittgenstein 2000] P. Wittgenstein: Die digitale Agenda der neuen WIPO-Verträge. Umsetzung in den USA und der EU unter besonderer Berücksichtigung der Musikindustrie. Dissertation Rechtswiss. Fak. Uni Zürich: Zürich 2000